Griefahn: „Billiglösung steht nicht zur Debatte“

Giftdeponie: „Bewertung der Landesämter kritisch prüfen“

Münchehagen/Hannover (re). Niedersachsens Umweltministerin, Monika Griefahn, hat gestern zu der deftigen Kritik und zu den Irritationen Stellung genommen, welche durch angeblich neue Erkenntnisse der Landesämter für Ökologie und Bodenforschung auf Grundlage eines Expertenpapiers des Umweltbundesamtes im Hinblick auf die Sicherung und Sanierung der Giftmülldeponie Münchehagen entstanden sind (DIE HARKE berichtete). „Eine Billiglösung steht nicht zur Debatte“, legte sich die Ministerin fest. „Die Bewertung der Landesämter wird kritisch geprüft“, erklärt sie weiter. Neue Gutachtererkenntnisse und Bewertungen zum Sicherungskonzept der Altlast werden im öffentlich tagenden Münchehagen-Plenum am 11. März dargelegt. An der Veranstaltung will Griefahn teilnehmen. Die Entscheidung über eine etwaige Änderung des Sicherungskonzepts kündigte sie für den Sommer an.

Ihr liege die Sicherheit der Menschen in der Region am Herzen. „Wir haben im Herbst ein Konzept zur Sicherung der Altlast vorgelegt und das dafür notwendige Geld bereitgestellt“, sagte die Ministerin gestern. Die jetzt abgeschlossene Stellungnahme der Landesämter verarbeite wichtige Erkenntnisse, die von der Bezirksregierung beauftragte Gutachterbüros vor kurzem vorgelegt hätten. „Das bedeutet für uns eine neue Denkschleife“, macht sich die Ministerin die vor Wochen von ihrem Staatssekretär, Dietmar Schulz, geäußerten Worte zu eigen. „Das bedeutet nicht das Ende aller unserer bisherigen Überlegungen.“ Die Stellungnahme der Landesämter sei den Teilnehmern am Münchehagen-Verfahren zugestellt worden und werde in einem Workshop im Mai zwischen Gutachtern, Ämtern und dem Vermittlungsausschuß diskutiert.

In der Landtagsdebatte, in welcher das Münchehagen-Thema Gegenstand kritischer Anfragen der Oppositionsfraktionen gewesen ist, sprach die Ministerin den neuen Erkenntnissen ein deutliches Mißtrauen aus und räumte ein, bereits am 16. Oktober bei der Vorstellung des neuen Sicherungskonzepts auf Grundlage der aktuellen Risikostudie von der Arbeit beider Landesämter und Gutachtern an den neuen Erkennissen und deren Bewertung gewußt zu haben. Die Opposition, die Städte Petershagen und Rehburg-Loccum sowie die Bürgerinitiativen, BUND und Bürgerbüro werfen der Ministerin vor, die gemeinsam beschlossenen Verfahrensgrundlagen der Münchehagen-Mediation verletzt zu haben, weil sie den Vermittlungsausschuß im Oktober über die gutachterliche Arbeit nicht unterrichtet habe. Auf die Frage, wie der Informationsfluß zwischen Landesämtern und Umweltministerium in dieser Sache laufe, antwortete Griefahn im Landtag, für die Koordination sei die Bezirksregierung zuständig. Auch diese hatte die Münchehagen-Gremien nicht über die bereits laufende Sache informiert.

Bürgerinitiativen, BUND und Bürgerbüro erklärten, daß neue Erkenntnise nicht vorliegen könnten, weil sich das Gutachten auf die Daten bereits seit langem vorliegender Expertisen stütze. Dabei sei von besonderer Bedeutung, daß Tonstein und selbst Aktivkohle nicht alle Schadstoffe, die in der Deponie vorkommen, absorbieren und zurückhalten können. Wesentlich sei das Spektrum der Entnahme von Einzelproben, deren Untersuchung und Bewertung. Wesentlich dabei auch die Klüftigkeit des Tonsteins in und um die Deponie herum. Wie berichtet, will sich die Stadt Rehburg-Loccum schon wegen des Vorsorgeprinzips eine abgespeckte Sicherung nicht gefallen lassen. Die Grünen im Landtag hatten der Landesregierung vorgeworfen, diese wolle sich aus Kostengründen aus der Sicherung und Sanierung der Altlast zurückziehen, was das Ministerium dementierte.